

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 04.04.2006
	Schriftführung Helga Monheim
	Telefon-Nr. 02202/142245
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 23.03.2006
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 21:40 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 17:32 Uhr – 17:36 Uhr 20:30 Uhr – 20:35 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 13.12.2005 - öffentlicher Teil -
119/2006**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten und Bestellung zur Stadtkämmerin / zum Stadtkämmerer
88/2006**
- 6. Anbindung an die A 4 und Antrag der Stadtratsfraktion der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 08.03.2006 zur neuen Zufahrt zur B 55 über den Bahndamm
137/2006**
- 7. Berufung der Mitglieder des Beirates für die Belange von Menschen mit**

Behinderungen durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach
52/2006

8. **Einwohnerfragestunde**
687/2005
9. **Bürgerhaushalt 2007**
120/2006
10. **Jahresrechnung 2004**
121/2006
11. **Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach"**
62/2006
12. **Haushaltsreste-Liste 2005**
95/2006
13. **Wirtschaftsplanreste-Liste 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
61/2006
14. **Wirtschaftsplan Verkehrsflächen
hier: Bildung von Wirtschaftsplanresten**
100/2006
15. **Parkraumbewirtschaftung, zugleich**
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2004
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 28.02.2005
 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.04.200587/2006
16. **Neues Fördermodell Offene Kinder- und Jugendarbeit**
19/2006
17. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass**
54/2006
18. **Umsetzung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes für den Bereich der Ratsmitglieder und sachkundigen Bürgerinnen/Bürger;
Neufassung der Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach
zur Auskunftspflicht nach § 43 Absatz 3, Satz Gemeindeordnung - GO - NRW
unter Einbeziehung der Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes –
KorruptionsbG -**
79/2006
19. **Neufassung der Vergabeordnung**
84/2006
20. **Bebauungsplan Nr. 5582 - Bockenbergr I -**

- **Beschluss zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung**
- **Beschluss zum städtebaulichen Vertrag**
- **Beschluss als Satzung**
- 71/2006*

- 21. Bebauungsplan Nr. 6224 - Alt Refrath - 1. Änderung**
- **Beschluss zu Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung**
- **Beschluss als Satzung**
- 72/2006*

- 22. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 22.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.01.2006 zur Umbesetzung 1. im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und 2. im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**
- 46/2006*

- 22.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 15.02.2006 auf Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr**
- 110/2006*

- 22.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2006 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen und im Aufsichtsrat der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft**
- 103/2006*

- 22.4 Antrag der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 09.03.2006 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**
- 141/2006*

- 23. Anfragen der Ratsmitglieder**
- 23.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.02.2006 zu den Auswirkungen des Bundesgesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung**
- 135/2006*

- 23.2 Mündliche Anfragen**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 13.12.2005**
134/2006
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Grundstücksangelegenheiten**
hier: Grundbuchliche Eigentumsverschaffungsvormerkung zugunsten der Managementgesellschaft Saaler Mühle GmbH & Co. Freizeitanlagen Betriebsgesellschaft KG
113/2006
5. **Übernahme von Bürgschaften**
133/2006
6. **Bestellung des stellvertretenden Wehrführers für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach**
89/2006
7. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@->

Bürgermeister Orth eröffnet die 11. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth gibt bekannt, dass Herr Rolf Buchholz zum 31.12.2005 sein Ratsmandat niedergelegt hat. Zum Nachfolger von Herrn Buchholz wurde Herr Manfred Ditzler bestellt, der das Ratsmandat mit Wirkung vom 02.01.2006 angenommen hat.

Herr Dr. Alfred Lahn hat am 10.01.2006 sein Ratsmandat niedergelegt.

Als Nachfolgerin wurde Frau Herigert Binzberger bestimmt, die am 07.02.2006 ihr Mandat angenommen hat.

Vor Eintritt in die Beratung verpflichtet der Bürgermeister Frau Binzberger und Herrn Ditzler in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Herr Orth stellt fest, dass ordnungsgemäß und rechtzeitig zu dieser Sitzung eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

Für die heutige Sitzung hat sich Frau Ryborsch entschuldigt.

Herr Orth benennt folgende Sitzungsunterlagen:

- die Einladung vom 10.03.2006 mit den entsprechenden Vorlage
- die Anlage zur Tagesordnung in der Fassung vom 17.03.2006
- die Tischvorlage mit einem Sachantrag der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu TOP A 6, den Beratungsergebnissen aus der Sitzung des Planungsausschusses am 21.03.2006 und der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.03.2006 sowie einer ergänzenden Information zu Tagesordnungspunkt B 4

Bürgermeister Orth gibt bekannt, dass der Finanz- und Liegenschaftsausschuss in seiner Sitzung am 16.03.2006 den Rat gebeten habe, die Entscheidung über einen Nutzungsüberlassungsvertrag bzgl. eines städtischen Grundstückes an sich zu ziehen. Wegen des Sachzusammenhanges schlägt er vor, den Punkt B 5 *Bürgschaften* zu ergänzen - und dann, wie vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagen, die Bürgschaft und den Nutzungsüberlassungsvertrag gemeinsam zu erörtern und zu entscheiden.

Hierüber besteht Einvernehmen.

Herr Lang bemerkt zur Tagesordnung, dass die Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. (BfBB) am 06.03.2006 den Antrag gestellt hat, die Themen Bahndammstraße und L 286 (neu) auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen. Diesem Antrag entspreche die Tagesordnung nicht, weil der Bürgermeister den Antrag durch einen eigenen, völlig anderen Punkt, der die Bekräftigung des Beschlusses vom 13.12.2005 zum Ziel habe, ersetze. Der Bürgermeister verletze damit das Recht der Fraktion.

Die Fraktion BfBB folge nicht der Auslegung des Bürgermeisters, wonach die Forderung

nach einer Untertunnelung durch die Definition des städtischen Ziels nach einem möglichst optimalen Lärmschutz für die Bevölkerung modifiziert wurde. Der Antrag solle daher klären, ob durch den Beschluss vom 13.12.2005, die frühere Bedingung der Stadt, die Straße in Tunnellage zu bauen, aufgehoben wurde oder nicht.

Gleichzeitig werde damit geklärt, ob der Bürgermeister den Beschluss des Rates vom 13.12.2005 durchgeführt oder ob er die Resolution dem Verkehrsminister in einer unrichtigen Weise mitgeteilt hat. Da durch diese Entscheidung persönliche Interessen des Bürgermeisters tangiert werden, sei er weder berechtigt an der Beratung noch an der Beschlussfassung teilzunehmen und müsse die Sitzungsleitung an seinen Stellvertreter abgeben.

Herr Lang beantragt, die im Antrag der Fraktion BfBB genannten Themen als besonders zu behandelnden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen und schlägt zur Vereinfachung vor, Ziffer A 6 wie folgt aufzuteilen:

6.1 Inhalt der Resolution vom 13.12.2005

6.2 Neue Diskussion über die L 286 (neu)

6.3 Neuer Vorschlag des Bürgermeisters zur Bahndammtrasse.

Diese Reihenfolge sei zwingend, weil nur durch die Abstimmung zu 6.1 geklärt werden könne, ob die Resolution vom 13.12.2005 durch den heutigen Vorschlag des Bürgermeisters geändert oder bekräftigt wird. Ansonsten laufe man Gefahr, heute wieder einen zweideutigen Beschluss zu fassen.

Herr Orth lässt über den Änderungsantrag von Herrn Lang zur Tagesordnung abstimmen.

Für den Änderungsantrag stimmen drei Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vier Mitglieder von BfBB.

Bei Enthaltungen der FDP-Fraktion, der Fraktion KIDitative und fünf Mitgliedern der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. Fischer beantragt, die aus dem Hauptausschuss an den Rat verwiesenen Anträge der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Anbindung A 4 vor der Resolution zu beraten. Sollten die Anträge eine Mehrheit finden, wäre es folgerichtig, die Entscheidung über die Resolution auf die Ratssitzung am 09.06.2006 zu verschieben. Dies sei rechtzeitig, um die Position des Rates gegenüber der Landesregierung deutlich zu machen.

Nach kontroverser Diskussion verständigen sich Mitglieder des Rates dahingehend, die vorliegenden Anträge der FDP-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion BfBB vor der Entscheidung über die Resolution zur Anbindung an die A 4 zu behandeln.

Herr Kleine begrüßt grundsätzlich das rege Zuschauerinteresse, für eine Meinungsbildung sei es aber sehr schwierig, wenn sich die anwesenden Bürgerinnen und Bürger nicht mit Beifalls- oder Missfallensbekundungen etwas zurückhalten. Er möchte, ob so etwas gestattet ist oder nicht.

Bürgermeister Orth stellt unter Hinweis auf die Geschäftsordnung klar, dass grundsätzlich jegliche Störung der Beratung aus dem Publikum zu unterbleiben hat und der Bürgermeister im Rahmen des Hausrechts u. U. sogar den Saal räumen lassen kann. In der letzten Hauptausschusssitzung, die hauptsächlich von Beifallskundgebungen der Gegner des Projektes gekennzeichnet war, habe er persönlich sich nicht besonders gestört ge-

fühlt. Falls er andere Rückmeldungen aus dem Rat bekomme, werde er entsprechend reagieren. <-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschriften über die Sitzungen des Rates am 17.11.2005 und 13.12.2005 – öffentlicher Teil - werden genehmigt. <-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 13.12.2005 - öffentlicher Teil -

@-> Der schriftliche Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 13.12.2005 – öffentlicher Teil – wird zur Kenntnis genommen.
<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> 1.
Herr Kotulla teilt mit, dass der Jahresabschluss 2005 jetzt vorliege. Das Ergebnis weise eine Verbesserung gegenüber der Planung von rund 650.000 Euro auf. Die finanzielle Lage der Stadt sei aber weiterhin äußerst angespannt.

2.
Herr Schmickler informiert über die Broschüre zur Landesgartenschau 2005, die der selbstständige Grafiker, Herr Witwer, der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Ein Exemplar der Broschüre über das Engagement der Bergisch Gladbacher Bürgerinnen und Bürgerinnen und der Verwaltung auf der Landesgartenschau 2005 in Leverkusen habe jedes Ratsmitglied zu Beginn der Sitzung erhalten. <-@

5. Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten und Bestellung zur Stadtkämmerin / zum Stadtkämmerer

@-> Herr Orth berichtet, dass sich aufgrund der Stellenausschreibung 16 Personen, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, beworben haben. Auf Vorschlag der Verwaltung habe man sieben Personen eingeladen, von denen sich fünf am 06.03.2006 einem Gremium aus Mitgliedern des Rates vorstellten. Die Ratsmitglieder hätten zudem Gelegenheit gehabt, weitere Bewerberinnen und Bewerber für die persönliche Vorstellung zu benennen. Hiervon sei kein Gebrauch gemacht worden. Darüber hinaus haben sich die von den Ratsfraktionen eingeladenen Personen am 13.03.2005 den Fraktionsmitgliedern vorgestellt.

Der Hauptausschuss habe in seiner Sitzung am 14.03.2006 auf Vorschlag der Ausschussmitglieder einstimmig bei drei Enthaltungen dem Rat empfohlen, Herrn Jürgen Mumdey zum Beigeordneten (Besoldungsgruppe B 4) zu wählen und zum Stadtkämmerer zu bestellen.

Herr Orth fragt, ob es weitere Vorschläge oder Wortmeldungen gebe.

Herr Neuheuser macht auf die schwierige finanzielle Situation der Stadt aufmerksam, wie dies gestern wieder in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses bei der Entscheidung über das neue Fördermodell Offene Kinder- und Jugendarbeit deutlich geworden sei. Jetzt

werde die Stelle eines Kämmerers besetzt neu, was mindestens 100.000,-- €/ p.a. koste.

Da die Fraktion KIDitiative die Entscheidung nicht mitverantworten wolle, beantrage sie, die Stelle des Beigeordneten nicht wieder zu besetzen und den Kämmerer aus dem städtischen Personal auszuwählen und zu bestellen.

Herr Ziffus schließt sich der Argumentation und dem Antrag der Fraktion KIDitiative an.

Herr Dr. Fischer legt dar, dass der Verwaltungsvorstand auch Kontrollorgan für die Fachbereiche ist und in der gegenwärtigen finanziellen Situation die Stelle des Kämmerers mit einer hochqualifizierten Persönlichkeit besetzt werden muss. Die FDP-Fraktion empfehle daher, Herrn Mumdey zu wählen.

Herr Lang stellt fest, dass sich auch die SPD zunächst für die Idee der Fraktion BfBB ausgesprochen habe, eine Beigeordnetenstelle einzusparen und die Stelle des Kämmerers mit eigenem Personal zu besetzen. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Rat ergebe sich nun eine andere Situation. Da sich eine qualifizierte Person anbiete, könne man aber nicht dagegen sein.

Herr Orth lässt über den Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und KIDitiative abstimmen.

Für den Antrag, die Beigeordnetenstelle nicht zu besetzen und den Kämmerer aus dem städtischen Personal auszuwählen und zu bestellen, stimmen die antragstellenden Fraktionen, dagegen sind die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Damit ist der Antrag bei Enthaltung der Fraktion BfBB mehrheitlich abgelehnt.

Auch auf die ausdrückliche Nachfrage von Bürgermeister Orth werden außer Herrn Jürgen Mumdey keine weiteren Personen zur Wahl vorgeschlagen.

Der Rat fasst mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer Gegenstimme der Fraktion KIDitiative sowie 3 Enthaltungen der Fraktion KIDitiative folgenden Beschluss:

Herrn Jürgen Mumdey wird zum Beigeordneten (Besoldungsgruppe B 4) gewählt und zum Stadtkämmerer bestellt.

.<-@

@->

<-@

6. Anbindung an die A 4 und Antrag der Stadtratsfraktion der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 08.03.2006 zur neuen Zufahrt zur B 55 über den Bahndamm

@->

Herr Orth erläutert ausführlich die Notwendigkeit einer besseren Anbindung der Stadtmitte und der westlichen Stadtteile an die Autobahn 4. Es sei ein ganz wichtiges Ziel der Stadtentwicklung durch eine Ergänzung des überörtlichen Straßennetzes und durch eine bessere Autobahnanbindung die Standortnachteile für die örtliche Wirtschaft zu beseitigen, die Zukunft der hiesigen Wirtschaft zu sichern, die Stadtmitte als Einkaufsstandort attraktiver zu machen und die dauernden Engpässe im innerstädtischen Straßennetz, die wesentlich durch kontinuierliche Zunahme des Individualverkehrs verursacht werden, zu beheben.

Aus seiner Sicht besitze keine andere als die Bahndammtrasse Realisierungschancen.

Durch die seit Jahrzehnten unveränderte Haltung der Stadt Köln und die extrem hohen rechtlichen Hürden für die Inanspruchnahme eines Naturschutzgebietes beiderseits der Stadtgrenze sei eine Anbindung an das Merheimer Kreuz nicht umsetzbar.

Als Entscheidungsgrundlage für die Beurteilung der einzig verbliebenen Lösungsmöglichkeit, der Bahndammtrasse, habe man zunächst nur die Ergebnisse der Bewertung der integrierten Gesamtverkehrsplanung des Landes (IGVP). Einzelne bekannte Zahlen der Bewertung würden auch von der Verwaltung sehr kritisch gesehen. Die Beantwortung der vielen technischen und rechtlichen Fragen zur Bahndammtrasse, wie die des Lärmschutzes, der problematischen Bodenverhältnisse, der Gestaltung der Kreuzungspunkte u.s.w., setze konkrete Untersuchungen, Gutachten von Ingenieurbüros und viele Detailklärungen voraus, die von der Stadt nicht finanzierbar seien und man auch die Zeit nicht habe, da die Entscheidung des Landtages bevorstehe.

Die Schlussfolgerung daraus, die sich auch in der Beschlussempfehlung für den Rat wieder finde, sei, dass das Land die erforderlichen Detailuntersuchungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens durchführen müsse. Deshalb empfehle die Verwaltung dem Rat dieser Stadt, seine Beschlussfassung vom 13.12.2005 zu bekräftigen und den Landtag aufzufordern, die Bahndammtrasse in den Landesstraßenbedarfsplan aufzunehmen, um durch die weiteren Planungsschritte Klarheit zu bekommen. Vorrangige Aufgabe von Rat und Verwaltung werde es sein, die vielfältigen Interessen der Stadt im Allgemeinen und der Anlieger im Besonderen gegenüber dem Land zu vertreten und in die Planung einzubringen.

Das Projekt habe eine positive Bewertung in der integrierten Gesamtverkehrsplanung. Der Regionalrat habe dem Vorhaben in seinem Vorschlag für die Region hohe Priorität gegeben. Alle Kölner Landtagsabgeordneten quer durch mehrere Fraktionen unterstützten das Vorhaben ebenso wie die Industrie- und Handelskammer und das Handwerk. Es gelte, die Gelegenheit zu nutzen, da die Planungen des Landes außerordentlich langfristig ausgerichtet seien und die nächste Landesstraßenbedarfsplanung erst wieder in 15 bis 20 Jahren aufgelegt werde.

Herr Orth weist auf die bereits unter TOP A 1 getroffenen Festlegungen hin, wonach zunächst die Anträge aus der letzten Hauptausschusssitzung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Antrag von BfBB zur Entscheidung anstehen und gibt den Fraktionsvorsitzenden Gelegenheit, die Anträge zu begründen.

Herr Ziffus geht angesichts der hydrogeologischen Probleme im Bereich Saaler Mühle davon aus, dass die dokumentierte Kostenkalkulation des Landes nicht für eine Trasse in Troglage ausreichen werde. Anfang der Achtziger Jahre seien die Baukosten für den Innenstadttunnel bei Planungsbeginn mit 5,5 Millionen DM kalkuliert worden war, nach zwei Jahren seien es bereits 13,4 Millionen DM und in der Endabrechnung dann 52 Millionen DM gewesen. Ursächlich hierfür seien u.a. geologische Probleme gewesen.

Auch bei einer anderen Variante würde der Kostenvoranschlag durch zusätzliche Aufwendungen für Lärmschutz u.ä. deutlich überschritten werden.

Ihm sei weiter aufgefallen, dass die angenommenen Verkehrsbelastungen des Landes nicht den Erkenntnissen entsprechen, die in einer Reihe von bereits vorliegenden Untersuchungen ermittelt wurden, z. B. lägen die genannten Vergleichswerte für die Kölner Straße von ca. 14.000 Fahrzeuge/täglich erheblich unter den Berechnungen von 1997. Ohne Berücksichtigung der in der Differenzberechnung ermittelten zusätzlichen Fahrzeuge, liege die Auslastung der Kölner Straße bereits heute bei 120 %. Sie habe als zweispurige Straße keine Kapazität, weiteren Verkehr aus der geplanten Strasse aufzunehmen. Der errechnete Nutzeneffekt von 3,6 für die Straße auf der Bahntrasse ergebe sich nur, wenn sie ohne die Kölner Straße zu kreuzen, direkt zur Autobahn geführt werde. Da dies

zunächst nicht geplant sei, werde man im Ergebnis höhere Kosten bei geringerem Nutzen haben.

Die Linienführung der geplanten Straße erzeuge zwangsläufig einen diagonalen Abkürzungsverkehr von und zum Autobahnkreuz Köln-Ost. Dadurch sei mit Rückstaus auf der A 4 in den Hauptbelastungszeiten zu rechnen, die nur durch einen Ausbau der A 4 für diese Anschlussstraße beseitigt werden könnten. Auch dieser Aufwand müsse in die Kostenrechnung für die Gesamttrasse zur Anbindung an die A 4 eingehen.

Er halte es deshalb für sehr problematisch, auf der Basis der vorliegenden Angaben eine Resolution für Anbindung an die A 4 zu verabschieden. Insbesondere sehe er nach den bisherigen Erfahrungen mit den geologischen Strukturen im diskutierten Bereich massive hydrogeologische Probleme, wenn die Trasse in Tieflage realisiert werden sollte. Aufgrund dessen erwarte man von weiteren Gutachten keine neuen Erkenntnisse.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe sich deshalb entschieden, zu Tagesordnungspunkt A 6 zu beantragen, die Planung für diese Straße einzustellen und hierüber möge der Bürgermeister abstimmen lassen.

Den Vorschlag von Herrn Lang, über die Fraktionsanträge erst später abzustimmen, lehnt Herr Orth unter Hinweis auf die unter Tagesordnungspunkt A 1 getroffene Entscheidung des Rates ab.

Für die Anträge stimmen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion BfBB und vier Mitglieder der FDP-Fraktion.

Damit sind die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN vom 19.02.2006 und 20.03.2006 zur Anbindung an die A 4 mehrheitlich bei einigen Enthaltungen aus den Reihen der CDU-Fraktion und Enthaltung der Fraktion KIDitiative abgelehnt.

Herr Dr. Fischer begründet den Antrag der FDP vom 20.02.2006 damit, dass die bisher von der Verwaltung vorgelegten Daten nicht ausreichen, um eine Entscheidung über das Projekt Anbindung an die A 4 auf einer sachlich soliden Basis zu treffen. Im Grundsatz stimme die FDP für Mobilitäts- und Wirtschaftsförderung. Die verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Vorteile von Mobilitätsverbesserungen müssten aber mit den zusätzlichen Bevölkerungs- und Umweltbelastungen verträglich sein.

Die Verwaltung solle mit den ihr zur Verfügung stehenden Informationen, u.a. aus den Untersuchungen der Jahre 1998 und 2003, die Machbarkeit analysieren und insbesondere die kritischen Stellen noch einmal einer Prüfung unterziehen. Die FDP-Fraktion wünsche Auskunft über den Verlauf und den Flächenbedarf der Strasse, welche Sonderbaumaßnahmen angedacht werden, wie die Konzeption der Anschlüsse aussehe, ob man die Umgestaltung der Zufahrtsstraßen dabei berücksichtigt habe, wie die erforderlichen Zukäufe von Flächen aus privater Hand finanziert werden, wie die Verkehrsverlagerungen sind.

Man erwarte eine Auflistung der in der integrierten Gesamtverkehrsplanung enthaltenen Festkosten und der Zusatzmaßnahmen, die die Stadt bezahlen müsse. Zusätzlich begründe man den Antrag mit der Stellungnahme der Bürgerinitiative gegen den Bahndamm, die alle Ratsmitglieder vor der Sitzung erhalten haben. Die Verwaltung müsse dem Land fundierte Angaben zur Verfügung stellen und dürfe nicht mit Anträgen und Resolutionen operieren, bei denen sich im Nachhinein herausstellt, dass sie keinen sachlichen Hintergrund haben.

Die Konzeption einer Umwandlung der Bahndammtrasse in eine oberirdische Straße mit Bezug auf die o.g. Gesichtspunkte darzustellen, sei der Gegenstand des An-

trages, verbunden mit dem Antrag, die Resolution auf die Ratssitzung des 09.06.2006 zu verschieben.

Herr Schmickler erklärt, dass die Baukosten vom Land nach dort festgelegten Standardwerten errechnet worden seien. Die Kalkulation lege für Trassen pauschalierte Preise zugrunde, die landesweit gelten. In vorliegendem Fall habe das Land 2,5 Millionen Euro/Kilometer ermittelt inkl. eines Betrages für erforderlichen Lärmschutz.

Man habe lediglich in einem Fall hinweisen können, dass durch die Querspange eine Kreuzung eingespart werden könne. Darüber hinaus gebe es einen Hinweis zum Thema Grunderwerbskosten, der in öffentlicher Sitzung nicht weiter vertieft werden könne.

Herr Schmickler ist der Auffassung, dass man den aufgestellten Fragenkatalog der FDP zu den planerischen Untersuchungen nicht bis zum beantragten Zeitpunkt in einer seriösen Form abarbeiten und wirklich belastbare Ergebnisse erzielen könne.

Unter Hinweis auf den Erweiterungsbau eines ortansässigen Unternehmens, für den 2 ½ ha Wald geopfert werden mussten, erinnert Herr Dr. Fischer, dass letztlich alle Fraktionen nach umfassender und ausführlicher Information diesem Projekt zugestimmt hätten, weil jeder gewusst habe, worüber er entscheide. Er ist überzeugt, dass bei einer Vertagung der Entscheidung zur Anbindung an die A 4 in den verbleibenden zwei Monaten Unklarheiten beseitigt und man mit umfassenderen Informationen zu einer besseren Einschätzung der Situation kommen könne. Dann könne die Resolution auf einem soliden Fundament verabschiedet werden. Aus Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft wisse er, dass man dort diese Auffassung teile.

Herr Schmickler macht zur Verfahrenskritik an der IGVP deutlich, dass sich um eine Modellrechnung des Landes nach landesweit einheitlichen Kriterien unter dem Fokus eines Landesstraßennetzes handle, nicht um eine klassische Verkehrsprognose, wie das Gutachten, das die Stadt 2003 vorgelegt habe. Es sei eine Bewertungshilfe für das Land und keine Prognoserechnung über die zukünftige Verteilung der Verkehre, da bei einer solchen Rechnung das komplette Straßennetz erfasst und einbezogen werden müsse. Detailberechnungen und Detailfragen seien Gegenstand des Planverfahrens, dass mit Linienbestimmungsverfahren beginne.

Herr Dr. Baeumle-Courth befürchtet, dass aufgrund der von der Verwaltung vorgetragenen Argumente vorrangig monetäre Gesichtspunkte für die Aufnahme der Bahndammtrasse in die IGVP ausschlaggebend sind. Trotz aller Skepsis, dass in dem relativ kurzen Zeitraum von zwei Monaten eine Machbarkeitsstudie erstellt werden könne, stimme die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag der FDP-Fraktion zu. Sie sehe darin die Chance, die gewünschte Sachlichkeit herzustellen.

Herr Schütz meint, es sei Aufgabe der Verwaltung, die Fragen und Bedenken zu entkräften, ohne auf jedes Detailprobleme einzugehen. Beim Thema Grunderwerb sei er wie Herr Dr. Fischer der Auffassung, dass es möglich ist, die definitiv notwendigen Grundstücke zu ermitteln. Es sei es wichtig zu wissen, welche Flächen im Besitz der Bahn, der Stadt oder von Privaten sind, da der Grunderwerb sich unmittelbar auf die Kosten des Projektes auswirke.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass die Fragen der FDP aufgrund Systematik der IGVP vom Land erst im Rahmen des Linienbestimmungsverfahrens zu beantworten sind. Die Frage des Grunderwerbs stelle sich, wenn man den Straßenverlauf kenne und wisse, ob diese Trasse in einer Hoch-, Tief- oder ebenerdigen Lage verlaufe und in welchem

Umfang sie Lärmschutz braucht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Herr Orth über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und des Bürgermeisters werden der Antrag der FDP-Fraktion vom 20.02.2006 zur geplanten Umwandlung der Bahndammtrasse in eine Straße und der Antrag zur Vertagung der Sachentscheidung bis zur Ratssitzung am 08.06.2006 mehrheitlich abgelehnt.

Herr Orth unterbricht die Beratung des Tagesordnungspunktes und ruft die Einwohnerfragestunde auf. Nachdem alle Einwohnerfragen beantwortet sind, wird die Beratung des Tagesordnungspunktes A 6 fortgesetzt.

Herr Lang kritisiert, dass Schriftwechsel zwischen der Fraktion BfBB und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW von der Verwaltung unvollständig wiedergegeben wurde. Die Fraktion habe nachgefragt,

- ob der Bund alleine über die Anschlussstelle an die Autobahn entscheide,
- ob Abstimmungen mit dem Bundesverkehrsministerium stattgefunden haben und
- ob das Land NRW Kostenträger des neuen Anschlusses ist.

Der Landesbetrieb habe mitgeteilt, dass

- über die Herstellung einer neuen Anschlussstelle letztlich das Bundesverkehrsministerium entscheide,
- ob Abstimmungen darüber mit dem Bundesverkehrsministerium stattgefunden haben, hier nicht bekannt sei und
- der Kostenträger der neuen Anschlussstelle das Land Nordrhein-Westfalen wäre.

Herr Lang glaubt, dass die übrigen Ratsmitglieder unter Berücksichtigung dessen nicht bereit sein werden, dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen. (Der Schriftwechsel ist der Niederschrift beigelegt.)

Unter Bezugnahme auf seine Ausführungen zu Tagesordnungspunkt A 1 möchte Herr Lang dann wissen, ob es zulässig ist, dass der Bürgermeister eine Versammlung leite, bei der es auch um die Frage geht, ob der Bürgermeister den Minister richtig oder falsch informiert hat.

Aus Sicht von Herrn Orth gibt es keine rechtlichen Bedenken, die Sitzung zu leiten.

Herr Lang begründet den Antrag der Fraktion BfBB über die Frage, wie die Resolution vom 13.12.2005 zu verstehen ist.

Für Herrn Ziffus und Herrn Dr. Fischer steht es außer Zweifel, dass alle Anwesenden in der Ratssitzung am 13.12.2005 von der Tunnellage als unerlässliche Bedingung für die Anbindung an die A 4 ausgegangen sind.

In seinem Brief an Herrn Minister Wittke führe der Bürgermeister aber u.a. aus, dass durch den Ratsbeschluss vom 13.12.2005 die Forderung nach einer Straße in Untertunnellage abgeändert wurde. Die Resolution definiere als städtisches Ziel einen möglichst optimalen Lärmschutz. Sie umfasse damit auch die oberirdische Lösung, ohne dass diese Variante in der Diskussion erwähnt wurde.

Ebenso wie Herr Lang sei man der Meinung, dass der unterschiedlich bewertete Beschluss der Klarstellung bedarf.

Herr Schütz bestätigt, dass auch die Fraktion KIDinitiative in der Diskussion im Dezember

von der Tunnellösung ausgegangen sei. Man habe der Resolution zugestimmt, weil man überzeugt war, dass das Land ein solch teures Projekt niemals finanzieren werde.

Aus Sicht von Herrn Schneeloch ist der Antrag der BfBB so wie er hier formuliert ist, nicht bescheidungsfähig. Die vom Rat verabschiedete Resolution könne man vielleicht so oder so auslegen, aber man könne nicht im Nachhinein darüber entscheiden, wie sie auszulegen ist.

Herr Schneeloch beantragt, nicht über den Antrag der Fraktion BfBB vom 08.03.2006 zu entscheiden, die Debatte zu beenden und in der Tagesordnung fortzuführen.

Herr Orth lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Schneeloch abstimmen.

Der Geschäftsordnungsantrag, nicht über den Antrag der Fraktion BfBB vom 08.03.2006 zu entscheiden, die Debatte zu beenden und in der Tagesordnung fortzuführen, wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und KI-Ditiative, bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BfBB sowie einigen Stimmen aus der FDP-Fraktion und einigen Enthaltungen aus der FDP-Fraktion angenommen.

Herr Dr. Kassner appelliert unter Hinweis auf die Geschäftsordnung, dass jedes Ratsmitglied nur drei Wortmeldungen zu jedem Tagesordnungspunkt hat, an Herrn Dr. Fischer, Herrn Lang und Herrn Ziffus, sich an diese Regelung zu halten.

In seinem Wortbeitrag stellt Herr Dr. Baeumle-Courth klar, dass er nicht die Methoden der IGVP kritisiere. Dies sei ein wissenschaftliches Verfahren mit einer begrenzten Aussagekraft. Jede wissenschaftlich saubere Methodik könne aber geschickt gesteuert werden. Es sei sehr fragwürdig, landesweit Erhebungen anzustellen, dann einen Mittelwert der so genannten Nutzen-Kosten-Quotienten zu bilden und danach eine begrenzte Anzahl von Verfahren erneut zu bewerten, ohne dass die meisten der Verfahren die Chance ebenfalls hätten, nachbewertet zu werden.

Obwohl ein Teil der IGVP auch qualitative Nutzwertanalyse sei, würden qualitative Aspekte, wie z. B. die Indikatoren Weegerreichbarkeit des privaten Verkehrs und des Güterverkehrs nach Aussage des Ministeriums bedauerlicherweise eher nicht relevant in die Entscheidung einfließen.

Auch das Dossier 24.151, die Ortsumfahrung Köln - Dellbrück – Bergisch Gladbach, das ebenfalls vom Dezember 2005 stamme, dürfe man in der Diskussion um die Anbindung an die A 4 nicht unerwähnt lassen. Ein Blick allein in die Historie greife nicht. Es gehe um Landesplanung. Auch die Landespolitiker müssten sich in Köln dafür einsetzen, dass eine insgesamt sinnvolle Lösung gefunden werde. Aus seiner Sicht werde hier eine historische Chance vertan, eine realisierbare Trasse in den Landesstraßenbedarfsplan aufzunehmen.

Herr Waldschmidt erklärt, dass die SPD-Fraktion der Resolution zustimmen werde. Sollte der Landtag die Aufnahme der Bahndammtrasse in den Landesstraßenbedarfsplan beschließen, wäre dies eine einmalige Chance, die Verkehrsprobleme der Bergisch Gladbacher Innenstadt zu lösen. Die Entwicklung der Stadtmitte von einer verkehrsinfrastrukturellen Insel zur attraktiven Innenstadt könne nur erfolgen, wenn auf auch die verkehrliche Erreichbarkeit zum Fernstraßennetz gesichert sei.

Es sei notwendig die bestehenden Standortnachteile der Bergisch Gladbacher Unterneh-

men, insbesondere im Gewerbegebiet Zinkhütte, durch die mangelnde Verkehrsanbindung zu beseitigen. Dies sei keine Bevorzugung der Wirtschaft. Die Verbesserung der infrastrukturellen Situation mache die Arbeitsplätze Bergisch Gladbacher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherer und biete auch für die nachfolgenden Generation eine Perspektive in dieser Stadt zu leben und zu arbeiten. Man engagiere sich aber nicht nur für die Unternehmen und die Sicherung der Arbeitsplätze vor Ort, sondern man nehme aber auch die Sorgen und Ängste der Bahndammanlieger ernst und fordere deshalb, wie es der Beschlussvorschlag des Bürgermeisters zu Ziffer 2 vorsehe, einen möglichst optimale Lärmschutz für die Anlieger der Trasse unter Berücksichtigung einer umweltverträglichen Einbindung in die Siedlungsstruktur und werde dies im Planfeststellungsverfahren unnachgiebig einfordern. Als Mitglieder des Rates fühle man allen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Viele tausend Anwohnerinnen und Anwohner, wie z. B. die der Dolmanstraße und der Bensberger Straße, die seit Jahren durch ständig steigenden Individual- und Schwerlastverkehr in ihrer Lebensqualität eingeschränkt werden, würden durch eine Straße auf dem Bahndamm eine Entlastung erfahren. Den bei der Realisierung der Bahndammtrasse geforderte hohe Standard der Lärmschutzmaßnahmen hätten diese Anwohnerinnen und Anwohner nicht. Die alternative Trassenführung zum Merheimer Kreuz sei nicht zu realisieren, da sie durch ein FFH-Gebiet führe und zwangsläufig an den Umweltnormen scheitern werde.

Noch vor wenigen Monaten habe sich auch der Fraktionsvorsitzende der BfBB vehement für die Straße auf dem Bahndamm eingesetzt. Die Mitglieder der KIDinitiative müssten doch ein besonderes Interesse daran haben, den jungen Menschen Chancen zu eröffnen, in einer attraktiven Stadt mit sicheren Arbeitsplätzen zu leben.

Die SPD-Fraktion danke dem Bürgermeister für sein persönliches Engagement, dass die Chance für die Aufnahme der Bahndammtrasse in den Landesstraßenbedarfsplan eröffne. Die haltlosen Diffamierungen auf den Bürgermeister verurteile die SPD-Fraktion auf das Schärfste. Die Mehrheit des Bergisch Gladbacher Rates und die überwiegende Mehrheit der Bergisch Gladbacher Bürgerinnen und Bürger befürworte die Aufnahme der Bahndammtrasse in den Landesstraßenbedarfsplan und das wolle man den Landespolitikern mitteilen. Die Detailfragen zur Linienführung, Bautechnik und Lärmschutz werden in späteren Verfahrensschritten zu klären sein.

Die von Herrn Waldschmidt vorgetragene Argumente für Aufnahme der Straße auf der Bahndammtrasse in die IGVP bringen Herr Galley, Herr Kleine und Herr Pütz in ihren Wortmeldungen ebenfalls zum Ausdruck.

Der stellvertretende Bürgermeister, Herr Hagen, übernimmt um 19:40 Uhr Zeit die Sitzungsleitung. Um 19:45 kehrt Herr Orth an seinen Platz zurück.

Herr Schütz beantragt, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Anbindung an die A 4 geheim abzustimmen. Hierüber wird Einvernehmen erzielt.

Frau Schmidt-Bolzmann ist überzeugt, dass die neue Straße eine Schneise durch die Stadt von Schildgen bis zur Kölner Straße schlage und vorrangig überregionale Verkehre angezogen werden, die das Autobahnkreuz Köln umgehen wollen.

Die Eile, noch im Juli, eine Entscheidung des Landtages herbeizuführen, sei nur damit zu erklären, dass man die neue EU-Richtlinie, die strengere Anforderungen an den Lärmschutz stellt, noch nicht greift, später aber gelten wird.

Ferner beantragt Frau Schmidt-Bolzmann festzustellen, ob Frau Hammelrath befangen ist. Herr Orth stellt klar, dass es nicht möglich ist, die Befangenheit eines Ratsmitgliedes mittels Geschäftsordnungsantrag zu klären. Frau Hammelrath sei nicht befangen.

Für Herrn Albrecht konzentriert sich die Diskussion letztlich auf die Frage, ob die Innenstadt von Bergisch Gladbach eine direkte Anbindung an die A 4 brauche. Beantworte man diese Frage mit „Ja“, müsse man der Resolution zustimmen. Nehme der Landtag diese Straße in den Integrierten Verkehrsplan – in die Landesstraßenbedarfsplanung – auf, habe man die Option für die Straße und die Planung könne beginnen. Im Rahmen der Fachplanung, in die die Stadt einbezogen werde, seien die Detailfragen zu prüfen. Sollte dabei herausstellen, dass die Straße mehr Nachteile als Nutzen erbringt, werde niemand diese Straße bauen.

Frau Alef berichtet, dass die KIDinitiative mehrheitlich - ebenso wie die Bürgerschaft - der Meinung ist, dass die Verkehrsprobleme in der Stadt gelöst werden müssen. Zur Entscheidungsfindung fehle es aber an Detailplanungen und konkreten Zahlen. Sie beantrage daher, den Beschlussvorschlag der Verwaltung durch eine Ziffer 3 so zu ergänzen, dass der Rat die laufenden Planungen regelmäßig überprüft und das Verfahren jederzeit beenden kann.

Herr Orth macht darauf aufmerksam, dass ein solcher Antrag verfahrenstechnisch und rechtlich ins Leere geht, da es sich um ein Straßenbauprojekt des Landes NRW und nicht der Stadt Bergisch Gladbach handle. Unabhängig davon sei ihm kein Straßenbauprojekt in NRW bekannt, das gegen den Willen der betroffenen Stadt durchgeführt worden wäre.

Herr Lang ist der Meinung, es müsse in der Resolution gesagt werden, dass die Stadt auf die Untertunnelung verzichte und eine unmittelbare Anbindung an die A 4 nicht möglich sei, da nach Auskunft aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine weitere Autobahnauffahrt in dem kurzen Abschnitt zwischen den Auffahrten Bensberg-Frankenforst und Bensberg – Moitzfeld nicht genehmigt werde.

Herr Orth macht darauf aufmerksam, dass nicht der Bund, sondern das Land, genauer der Landesbetrieb Straßenbau, Partner der Stadt sei. Hierzu habe sich der Landesbetrieb in seiner Antwort an BfBB eindeutig geäußert. Andere Informationen lägen der Verwaltung auch nicht vor.

Angesichts der vorgeschrittenen Zeit, schlägt Herr Orth Herrn Lang vor, den umfassenden Fragenkatalog der Fraktion BfBB, schriftlich zu beantworten. Damit ist Herr Lang nicht einverstanden.

Herr Kierspel beantragt, die Beratungen spätestens um 22.00 Uhr zu beenden und die Sitzung an einem anderen Termin fortzuführen.

Herr Orth weist darauf hin, dass eine zeitliche Begrenzung bis 22.00 Uhr wohl nicht der Zielsetzung von Herrn Kierspel entspreche.

Man einigt sich dahingehend, den Antrag als Appell an den Rat zu verstehen.

Sodann beantwortet Herr Schmickler die von der Fraktion BfBB gestellten Fragen, die in vollem Wortlaut der Niederschrift beigelegt sind:

- Was er (Herr Schmickler) in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 31.01.2006 zur verbesserten Bewertung erklärt habe, könne er nicht nachprüfen, da ihm das Protokoll über die Sitzung nicht vorliege. Die verbesserte Netzeinbindung sei ein wichtiger, aber nicht der einzige Faktor.
- Die zweite Frage sei bereits mit der ersten beantwortet.
- Die Fragen drei und vier zur Erhöhung des Faktors durch den Wegfall der Untertunnelung und durch die verbesserte Einbindung, können nicht mündlich beantwortet werden. Dazu müsse man die Modellrechnung aufgliedern und einzelne Faktoren da hinein nehmen.

- Die sechste Frage, wie groß ist die Sicherheit ist, dass die Bahndammtrasse nicht am Industriegebiet beginnt und an der Kölner Straße enden wird, könne erst im Laufe der Planung beantwortet werden.
- Um wie viel sich der Faktor von der Mülheimer Straße bis zum Industriegebiet verringere, wenn es eine Bewertung allein für dieses Stück geben würde, könne nicht beantwortet werden.
- Der Faktors für den Abschnitt zwischen der Bensberger Straße und der Autobahn liege bei 1,51. Dieser Faktor habe dazu geführt, dass das Land den Abschnitt in die zweite Ausbaustufe hineingenommen habe und damit gebe es eine Chance zu Verwirklichung für die 2. Ausbaustufe.
- Die Aussicht auf Genehmigung für den Anschluss Autobahn begründe er damit, dass eine erste - vermutlich mündliche – Auskunft auf eine vermutlich telefonische Anfrage, noch nicht die abschließende Entscheidung über einen komplizierten Sachverhalt sein könne.
- Die Frage zur Berechnung des Bewertungsfaktors könne nicht beantwortet werden.
- Selbstverständlich werde berücksichtigt, dass Träger aller Kosten des Bundes, des Landes und der Kommunen, die Bürgerinnen und Bürger sind.

Herr Nagelschmidt beantragt den Schluss der Debatte.

Herr Schütz, Herr Ziffus und Herr Lang sprechen sich gegen den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Nagelschmidt aus. Die Angelegenheit sei sehr wichtig, deshalb müsse das Thema ausdiskutiert werden. Es sei kein guter demokratischer Stil, die Debatte mit diesem Geschäftsordnungsantrag abubrechen.

Zudem bemerkt Herr Lang, dass die Fraktion BfBB entgegen der Aussage von Herrn Waldschmidt, sich seiner Zeit nicht für die Bahndammtrasse ausgesprochen habe.

Herr Dr. Mieke erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstütze, denn alle Argumente und sämtliche vorstellbaren Hypothesen seien ausgetauscht. Die permanente Wiederholung der inhaltlichen Aussagen führe nicht zu einer weiteren Klärung.

Herr Dr. Fischer beantragt, zum Punkt 2 des Beschlussvorschlages in der ersten Zeile das Wort „möglichst“ zu streichen.

Hierüber wird Einvernehmen erzielt.

Herr Orth lässt über den über Geschäftsordnungsantrag von Herrn Nagelschmidt abstimmen.

Der Antrag auf Schluss der Debatte wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KIDinitiative und BfBB angenommen.

Herr Orth erläutert die Modalitäten für die geheime Abstimmung.

Abzustimmen ist über den Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne das Wort „möglichst“ in Ziffer 2.

Die Fraktionen benennen Frau Scherer (B 90/DG), Herrn Kraus (CDU), Herrn Zalfen (SPD) und Herrn Gerhards (FDP) als Stimmenauszähler.

Nach dem alle Ratsmitglieder, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen wollten, abgestimmt haben, ermitteln die von den Fraktionen benannten Stimmenzähler das Wahlergebnis.

Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

An der geheimen Abstimmung nahmen 65 Ratsmitglieder und der Bürgermeister teil. Von den 66 gültig abgegebenen Stimmen stimmten 39 Personen für den folgenden, in Ziffer 2 geänderten Verwaltungsvorschlag, 24 stimmten dagegen, 3 enthielten sich der Stimme:

- 1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bekräftigt zur Anbindung an die A 4 seine Beschlussfassung vom 13.12.2005. Er begrüßt den Beschluss des Regionalrats vom 17.02.2006 und fordert den Landtag nochmals auf, die Bahndammtrasse in den Landesstraßenbedarfsplan aufzunehmen.**
- 2. Der Rat wird sich in den weiteren Planungsschritten des Landes für einen optimalen Lärmschutz der Anlieger der Trasse unter Berücksichtigung einer umweltverträglichen Einbindung in die Siedlungsstruktur einsetzen. <-@**

@->

<-@

7. Berufung der Mitglieder des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach

@->

Anstelle von Herrn Jahnke als persönlicher Stellvertreter der Vertreterin der Behindertensportgemeinschaft, der nicht mehr zu Verfügung steht, wird Herr Konstantin Kolter, Vüfelser Kaule 8, 51427 Bergisch Gladbach vorgeschlagen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Personen werden, unter Berücksichtigung der v. g. Änderung, als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder in den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu berufen. <-@

@->

8. Einwohnerfragestunde

@->

Bürgermeister Orth ruft die Einwohnerfragestunde auf.

1. Einwohnerfragen von Herrn Klaus Hoffmann

Herr Orth verliest die Einwohnerfragen von Herrn Klaus Hoffmann, der nicht anwesend ist, und beantwortet sie.

1.) Gibt es eine Höchstgrenze für die Kassenkredite der Stadt Bergisch Gladbach?

Antwort:

Nach § 87 GO NRW ist die Stadt berechtigt, Kassenkredite bis zu dem in der Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrag aufzunehmen. Diese Ermächtigung gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Erlass der neuen Haushaltssatzung nach § 7 GO NRW kann die Gemeinde auch in einer Kassenkreditsatzung den Höchstbetrag der Kassenkredite regeln. Sodann ist die Kassenkreditermächtigung in der Haushaltssatzung deklaratorisch. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hat in seiner Sitzung am 17.11.2005 die Kassenkreditsatzung den Höchstbetrag auf 100 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2006 festgesetzt. Die Satzung würde öffentlich bekannt gemacht und trat in Kraft.

2.) Wann ist die Stadt Bergisch Gladbach voraussichtlich zahlungsunfähig?

Antwort:

Nach § 12 Abs. 1 Insolvenzordnung ist die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gegen die Stadt nicht möglich. Rein rechtlich betrachtet kann die Stadt nicht zahlungsunfähig werden. Allerdings ist das praktisch doch möglich, wenn wir niemanden mehr finden, der uns Kredite gibt.

3.) Wie plant die Stadt Bergisch Gladbach den Schuldenstand zu verringern?

Antwort:

Nach § 45 Nr. 20 Gemeindehaushaltsverordnung sind Schulden Rückzahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Vorgängen sowie aus der Ausnahme von Kassenkrediten. Schulden werden gemeinhin durch Tilgung zurückgezahlt. Die Gemeindehaushaltsverordnung kennt indes nur die Tilgung von Krediten und nicht die von Schulden. Kredite sind nach § 45 Nr. 18 Gemeindehaushaltsverordnung das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen mit Sonderrechnung ausgenommene Kapital mit Ausnahme der Kassenkredite. Festzuhalten ist demnach, dass Schulden die Kredite sind durch ordentliche oder außerordentliche Tilgung zurückgezahlt werden. Kassenkredite als Kassenverstärkungsmittel werden dann zurückgezahlt, wenn die Liquiditätsschwankungen dergestalt sind, dass stets eine Überliquidität vorhanden ist. Dies trifft tendenziell dann zu, wenn im Haushalt die Einnahmen die Ausgaben überwiegen.

2. Einwohnerfragen von Herrn Kornhoff.

Was hat die Stadt getan, um den Kindern, die ab September 2006 die Grundschule Lehmhöhle besuchen, die Möglichkeit eines sicheren Schulweges zu gewährleisten?

Antwort von Herrn Orth:

Bei der angesprochenen Schule in der Karl-Philip-Straße handelt es sich um die Gemeinschaftsgrundschule Bensberg. Wie an allen Schulen üblich sind auch hier die Verkehrszeichen „Kinder“ vorhanden, um die Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer auf die zahlreichen Schulkinder hinzuweisen. Für das Wohnquartier zwischen Kölner Straße, Buddestraße, Saaler Straße ist eine Zone 30-Regelung vorhanden. Die Schulwege über die Buddestraße und die Saaler Straße sind mit Ampeln gesichert. Auf den zuführenden Straßen gibt es Engpässe durch parkende Fahrzeuge. Dieser Umstand führt zu einer langsameren Fahrweise. Die Unfallsituation in diesem Wohnquartier ist positiv, d. h. es geschehen sehr wenige Unfälle, so dass hier keine gesonderten verkehrlichen Maßnahmen erforderlich sind. Im Jahre 2001 fand mit einer Lehrerin der Grundschule und mit der städtischen Kinderbeauftragten ein Ortstermin an der Querungsstelle der Ferdinand-Schmitz-Straße statt. Dort wurde nach dem Ortstermin das Verkehrszeichen 136 „Kinder“ auf einer weißen Tafel ergänzend angebracht. Diese Beschilderung ist heute noch vorhanden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Kinder einen sicheren Weg zur Grundschule benutzen können. Zur Zeit gebe es keinen Bedarf für verkehrliche Veränderungen.

1. Zusatzfrage von Herrn Kornhoff:

Unter Bezugnahme auf die Sitzung des Hauptausschusses am 14.03.2006 fragt Herr

Kornhoff, ob der Bürgermeister später die Verantwortung für die aus dem Projekt „Zubringer zur Kölner Straße“ resultierende dauerhafte Spaltung dieser Stadt übernehme, die sich physisch manifestiert in einer Mauer aus Lärmschutzwänden und politisch, im Bewusstsein der Bürger.

Antwort von Herrn Orth:

Eine Spaltung der Stadt durch diese Maßnahme sei nicht ersichtlich. Es bleibe abzuwarten, welche konkreten Planungsergebnisse erreicht werden können und wie das konkret aussehe. Natürlich übernehme er für die Entscheidungen, die hier mit seiner Stimme getroffen werden, auch die Verantwortung.

2. Zusatzfrage von Herrn Kornhoff

Herr Kornhoff fragt, ob der Bürgermeister einen kausalen Zusammenhang sehe zwischen den Daten, die an das Planungsbüro übermittelt wurden, denn daraus resultierten nun in der Differenzdarstellung des Dossiers Projekt 24.222 prognostizierte veränderte Verkehrsströmen, die sich für die Bürger konkret in der Weise zeigen, dass die Saaler Straße und in der direkten Verlängerung, die Golfplatzstraße und Alt-Refrath täglich mit 14.000 Fahrzeugen zu rechnen haben (10.000 Pkw und 1.000 Lkw in östlicher Richtung, 2.000 Pkw und 1.000 Lkw in westlicher Richtung), die Situation von Kindern und Senioren in einem Abschnitt von lediglich 800 m, der charakterisiert ist durch eine Tempo 30-Zone, durch extrem schmale Fahrspuren in Höhe der Taufkirche, Tausende von Schülern, die sich allmorgendlich durch den Lärmschutzwahl ihren Weg zum Schulzentrum bahnen müssen, Senioren in einem Altersheim der Arbeiterwohlfahrt und Grundschüler, die die Saaler Straße überqueren müssen, um zur Grundschule zu gelangen.

Akzeptiere der Bürgermeister den Zusammenhang oder sehe er Brüche in der Argumentationskette?

Antwort von Herrn Schmickler:

Abgesehen davon, dass die diversen Aussagen, die in der Frage enthalten sind, von ihm nicht geteilt werden, habe Herr Kornhoff IGVP - Zahlen in methodisch unzulässiger Weise zusammengefasst. Im Übrigen sei die Frage mit „Nein“ zu beantworten. Die Stadt Bergisch Gladbach habe dem Land mitgeteilt, dass es eine Planung für eine Querspange gebe und diese Querspange sicherlich Verkehre in dieser ostwestlichen Richtung zur Saaler Straße bringen werde. Dem Land sei mitgeteilt worden, dass die Saaler Straße für die Aufnahme solcher Verkehrsmengen nicht geeignet ist.

3. Einwohnerfrage von Herrn Giselher Schmidt

1.) Wie beurteilt der Herr Bürgermeister die starke Unterrepräsentation der Frauen in der Chefetage der Stadtverwaltung, dass dem Verwaltungsvorstand, dem vierköpfigen Verwaltungsvorstand, wie ich richtig entnommen haben, null Frauen angehören, dass nur eine von 5 Stabsstellen und ebenfalls nur einer von 8 Fachbereichen von einer Frau geleitet wird.

Antwort von Herrn Orth:

Die Stadt Bergisch Gladbach praktiziert die Frauenförderung. Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Bewerben sich Frauen auf eine Stelle, sind sie grundsätzlich bei gleicher Qualifikation ihren männlichen Mitbewerbern vorzuziehen. Generell würde er es sehr begrüßen, wenn mehr Frauen auch in der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach Führungspositionen wahrnehmen würden. Allerdings ist die Zahl der Stellen begrenzt und keine, der genannten Stellen, vakant.

2.) Wie beurteilt der Herr Bürgermeister die starke Unterrepräsentation der Frauen unter den pädagogischen Mitarbeitern der Volkshochschule. Es gibt da eine Frau von 5 pädagogischen Mitarbeitern und die ist trotz der besonderen Begabung von Frauen für pädagogische Berufe und der auch der starken Repräsentanz von Frauen innerhalb von pädagogischen Berufen jeder Observanz. Besteht nicht die Möglichkeit, dass hier bei der Besetzung bisher nach dem Gebet- und Parteibuch vorgegangen ist und nicht nach der Qualifikation, dass eben bei einer Qualifikationsnachfrage die Frauen besser doch repräsentiert werden.

Antwort von Herrn Orth:

Die Antwort zur ersten Frage gilt hier entsprechend.

3.) Wie beurteilt der Herr Bürgermeister die Tatsache, dass von den 10 nach einer bedeutenden Persönlichkeit benannten Schulen der Stadt nur eine einzige Schule, das ist die Marie-Curie-Realschule, den Namen einer Frau trägt?
Schriftlich habe er auf drei Porträts von bedeutenden Persönlichkeiten der jüngsten Geschichte hingewiesen, Louise Schroeder, Elisabeth Selbert und Elisabeth Schwarzhaupt, die bei einer Neubenennung von Schulen und Straßen berücksichtigt werden können. Frau Schwarzhaupt war die erste Bundesministerin in der Geschichte der Bundesrepublik.

Antwort von Herrn Orth:

Die letzte Benennung einer Schule war die Umbenennung der Realschule Ahornweg in Marie-Curie-Realschule. Weitere Benennungen stehen zurzeit nicht an. Die Anregungen, die mit der Einwohnerfrage übersandt wurde, werde er gerne mit in die Überlegungen einbeziehen, wenn eine Benennung ansteht.

4. Einwohnerfragen von Frau Liane Schneider

(BI „Rettet unsere Stadt im Grünen“)

Frau Schneider ist verhindert und wird von Frau Rohrmann von der Bürgerinitiative Bensberg-Süd vertreten.

Wie erkläre sich der Bürgermeister die Erhöhung des Nutzwertes bei einer oberirdischen Teiltrasse mit ungeklärten Knotenpunkten an der Saaler Straße und an der Kölner Straße gegenüber einer unterirdisch durchlaufenden Volltrasse?

Antwort von Herrn Orth:

Schon zu Beginn des Tagesordnungspunktes A 6 habe er auf ein grundlegendes Dilemma hingewiesen, das auch hier gelte: Nach strengen sachlichen Kriterien könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine fundierte Antwort gegeben werden. Diese Fragen seien Fragen des Planfeststellungsverfahrens, die durch das Land beantwortet werden müssen, weil dort die für die Beantwortung erforderlichen Informationen dann vorliegen.

Eine Straße erfülle nur dann ihren Zweck, wenn sie innerhalb des Straßennetzes die Verbindungsfunktion übernehmen kann. Den bisherigen Gutachten hafte der Mangel an, dass eine Netzverknüpfung, wie sie dem IGVP-Dossier 24.222 zugrunde liegt, bisher nicht untersucht wurde. Der Stadt lägen nur die Ergebnisse der IGVP-Bewertung, nicht aber die zugrunde liegenden Berechnungen vor. Daher könne die Frage wirklich fundiert nur vom Ministerium bzw. von dem, von ihm beauftragten Gutachterbüro beantwortet werden. Insofern sei es folgerichtig, dass die Bürgerinitiative ihre Fragen

gleichlautend an den Minister für Bauen und Verkehr des Landes NRW gerichtet habe.

Zusatzfrage von Frau Rohrmann:

Warum spreche der Bürgermeister von Autobahnzubringer, wenn das Land oder der Bund klar signalisiert habe, dass kein zusätzlicher Autobahnzubringer möglich ist, dass eben kein zusätzlicher Autobahnanschluss gebaut werden soll?

Antwort von Herrn Schmickler:

Das Land NRW, speziell der Landesbetrieb Straßen. NRW, gehe davon aus, dass die Möglichkeit für einen Anschluss an die A 4 in der Achse des Bahndammes besteht. Der Landesbetrieb gehe weiter davon aus, dass grundsätzlich die rechtlichen Rahmenbedingungen unter besonderen Umständen, so wie sie hier anzunehmen sind, und unter besonderen Vorkehrungen, wie sie hier möglich sind, einen Anschluss an dieser Stelle zulassen.

Diese Position sei einem Schreiben des Landesstraßenbaubetriebes zu entnehmen. Auf die Frage der Fraktion BfBB: „Hat dieser Plan an der vierten Anschlussstelle auf unserem Stadtgebiet überhaupt eine Chance auf Verwirklichung?“ habe man mitgeteilt: (Zitat) „Die geringen Abstände dieser Anschlussstelle zu den benachbarten unterschreiten zwar die empfohlenen Regelmaße, sind jedoch verkehrstechnisch unter Berücksichtigung entsprechender Beschilderung zulässig.“ Diese Aussage zeige, dass nach Auffassung des Landesbetriebes Straßen NRW ein Anschluss möglich ist. Die Entscheidung, diese Autobahnanschlussstelle in die IGVP einzubeziehen, sei eine Entscheidung des Landesbetriebes bzw. des Ministeriums gewesen.

5. Einwohnerfragen von Herrn Jörg Najork

Beide von der Stadt Bergisch Gladbach bisher beauftragten Verkehrsgutachten aus den Jahren 1998 und 2003 zeigten auf, dass ein Autobahnzubringer auf dem Bahndamm aufgrund des hohen Binnenverkehrs keine nennenswerten Entlastungen bringe und nur durch Verdrängung des Verkehrs von den übrigen Straßen, die neue Trasse überhaupt angenommen würde. Die in der IGVP unter Vorhaben 24.222 eingereichte Trasse unterscheide sich von der Trassenführung in dem bisherigen Gutachten nur dadurch, dass die Endpunkte verschoben wurden. Die Anbindung einer möglichen späteren S-Bahn-Unterführung im Norden verbessere die Akzeptanz der Trasse. Die Verkürzung der Trasse im Süden um das Teilstück Kölner Straße bis zur Autobahn mache jedoch den vorgenannten Vorteil durch den Umweg über die Kölner Straße und die damit verbundene Fahrzeitverlängerung wieder zunichte. Der 2. Bauabschnitt bis zur Autobahn werde, vermutlich wegen der Nähe zur Ausfahrt Frankenforst niemals umgesetzt werden. Dies bedeute, dass die Ergebnisse der o. g. Gutachten zumindest tendenziell ihre Gültigkeit behalten. Betrachte man die zu erwartenden Baukosten, und sehe, dass die Straße über dem Bahndamm wegen der aufwendigen Kreuzungsbauwerke, der schwermetallhaltigen Altlasten und der notwendigen Lärmschutzmaßnahmen und der möglichen Verlegung der Ferngasleitung gigantische Ausmaße annehmen werde, reiche der in der IGVP-Bewertung kalkulierte Betrag von 16,15 Millionen Euro nicht aus.

Er frage deshalb den Bürgermeister und alle Mitglieder des Rates, wie sie vor diesem Hintergrund die historische Chance rechtfertigen, ein Mammutbauwerk zu planen, dessen Nutzeneffekt im Voraus durch zwei Gutachten widerlegt wurde und somit Steuergelder in Millionenhöhe verschwenden wird, und das schon in der Planungsphase?

Antwort von Herrn Orth:

Herr Najork führe, bevor er zur eigentlichen Frage komme, eine Reihe von Fakten und

Ereignisse an, die er subjektiv bewerte. Es könne jedoch vor dem Hintergrund der bei der Stadt vorliegenden Informationen zur IGVP-Bewertung und vor Eintritt in das Planfeststellungsverfahren keine Bewertung erfolgen.

Zusatzfrage von Herrn Najork

Herr Najork möchte wissen, ob es Abschätzungen darüber gebe, welcher Zusatzverkehr aufgrund des Fernverkehrs aus Leverkusen, Schlebusch, Burscheid durch Bergisch Gladbach fließen werde, wenn das Projekt 24.222 verwirklicht sein wird.

Diese Frage verneint der Bürgermeister.

6. Einwohnerfrage von Frau Prof. Dr. Angelika Nußberger

Mit welchen Geldern soll der Ausbau der jetzt zweispurigen Kölner Straße / Frankenforster Straße finanziert werden und wo sind aufgrund dessen, Einsparungen im kommunalen Haushalt zu erwarten?

Wie soll der Übergang von Wohngebieten zu Schulen und Kindergärten über eine dann vierspurige Straße gefahrenfrei ermöglicht werden?

Antwort von Herrn Orth:

Ob ein Ausbau der Frankenforster Straße auf vier Spuren erforderlich ist, werde erst die weitere Planung zeigen. Die Querung der Straße kann im Übrigen grundsätzlich - wie heute auch - durch Signalanlagen gesichert werden.

7. Einwohnerfragen von Frau Angela Schuh – Daiger

Wie wird die Straße über den Bahndamm, wie sie jetzt als Planung vorliegt, verwirklicht, werden, wenn auf dem Teilstück der Frankenforster Straße bis zur Autobahneinfahrt eine Mehrbelastung von 4000 Fahrzeugen pro Tag erwartet wird?

Wie wolle der Bürgermeister verhindern, dass die heute schon stark überlastete Frankenforster Straße durch den zufließenden Verkehr weiter überlastet wird und ständige Staus in den Hauptverkehrszeiten den angestrebten Effekt der neuen Straße aufheben?

Antwort von Herrn Orth:

Welche konkreten Maßnahmen und Vorkehrungen ergriffen werden, um den befürchteten Verkehrskollaps zu verhindern, könne man zum gegenwärtigen Verfahrensstand nicht beantworten. Sicher sei jedoch, dass im Planfeststellungsverfahren eine zufriedenstellende Antwort gefunden werden muss.

8. Einwohnerfragen von Frau Sybille Ellinger – Weber

Welche Erklärungen habe der Bürgermeister für die Zunahme von 8000 auf 18000 PKW täglich auf der Saaler Straße?

Komme diese Mehrbelastung dadurch zustande, dass der innerörtliche Verkehr zwischen Bergisch Gladbach (Innenstadt) und Bensberg durch den geplanten Autobahnzubringer gefördert werde, wie im Gutachten vom April 2003 bereits festgestellt?

Antwort von Herrn Orth:

Die zusätzliche Belastung von 10.000 PKW-Einheiten auf der Saaler Straße durch den Bau des Autobahnzubringers auf dem Bahndamm kann vor dem Hintergrund der aktuell zur Verfügung stehenden Informationen nicht nachvollzogen werden und müsse in jedem Fall kritisch gesehen werden. Eine solche Zunahme müsse aus seiner Sicht unbedingt verhindert werden.

9. Einwohnerfrage von Frau Brigitte Kurtenbach.

Die jetzt vorgelegte Bewertung des Vorhabens 24.222 zum IGVP sehe keine Tunnelführung über den Bahndamm mehr vor und nur so konnte die positive Bewertung erzielt werden. Sie frage den Bürgermeister, wie er ein solches Handeln der Verwaltung rechtfertige, das im wesentlichen Teil nicht mehr dem Willen des Rates und damit auch nicht mehr dem Bürgerwillen entspricht.

Antwort von Herrn Orth:

Entgegen dieser Auffassung sehe er das Vorgehen der Verwaltung im Rahmen des IGVP als richtig und konform mit der Resolution des Rates vom 13.12.2005 an. In der heutigen Sitzung habe der Rat aber ja erneut die Möglichkeit, eine politische Grundsatzentscheidung für oder gegen die Aufnahme der Bahndammtrasse in die Landesstraßenbedarfsplanung zu treffen.

Zusatzfrage von Frau Kurtenbach

Sie fragt, ob es zutreffend ist, dass allein eine Resolution des Stadtrates den konkreten Beschluss des Hauptausschusses aufheben kann, denn der Hauptausschuss habe die Tunnellage befürwortet. Könne das, was der Hauptausschuss beschließt durch die Resolution des Stadtrates aufgehoben werden?

Antwort von Herrn Orth

Diese Möglichkeit habe der Rat. In der Resolution gehe es im Kern aber um die Aufnahme des Projektes in die Landesstraßenbedarfsplanung.

10. Einwohnerfrage von Herrn Dr. Rüttenauer

Die Verkehrsprobleme der Stadt Bergisch Gladbach seien hinlänglich bekannt. Halte der Bürgermeister es unter diesen Umständen für sinnvoll, dem Land vorzuschlagen, eine neue oder ergänzte Landstraße durch Bergisch Gladbach zu planen, um so die Verkehrsprobleme der Region zu entschärfen?

Antwort von Herrn Orth:

Den Bau einer Straße über den Bahndamm, die eine direkte Anbindung an die Gewerbegebiete nördlich der S-Bahnlinie erhält und über eine in beiden Richtungen befahrbare Kalkstraße die Innenstadt ohne zeitraubende Übereckverkehre erreichbar mache, halte er für eine sehr sinnvolle Lösung der Verkehrsprobleme der Gladbacher Stadtmitte.

Herr Schmickler ergänzt hierzu:

Es sei festzustellen, dass bei beiden Varianten, sowohl der 24.222 als auch der 24.219, die Verkehre Richtung Köln in der Summe leicht abnehmen. Man könne deshalb davon ausgehen, dass sich zusätzliche Verkehre aus Köln jedenfalls nicht in der Summe auf der Bahndammtrasse und damit nicht im Bergisch Gladbacher Straßennetz wieder finden werden. Die Abnahme liege bei 1.000 Pkw und einigen 100 Lkw. Betrachte man die Verbindung nach Leverkusen, so haben man einen Querschnittswert etwa in Höhe der neuen Feuerwache auf der L 288 n, also im Straßenzug Paffrather Straße/Kempener Straße. Dieser Wert weise eine leichte Verkehrszunahme auf, die bei der Variante 24.222 bei plus 2.000 Fahrzeugen unter 1.000 Lkw, also einige 100 Lkw, in der anderen Variante bei plus 1.219 plus 1.000 Pkw und unter 1.000 Lkw. Führe man die Ergebnisse zusammen, dann ergeben diese Werte in jedem Falle weniger als 1/10 der Verkehre, die die Bahndammtrasse insgesamt aufnehmen solle. Selbst wenn man un-

terstelle, dass alle diese Autos auf der Bahndammtrasse fahren, dann erkenne man, dass sich in der Summe nur eine sehr geringe Veränderung für das Gesamtstraßennetz in Bergisch Gladbach ergebe.

11. Einwohnerfrage von Herrn Walter Röhnelt

Sind sich Bürgermeister und Ratsmehrheit darüber im Klaren, dass eine zwischen Kölner Straße und Paffrather Straße fast geradlinig verlaufende Landstraße eine Verbindung zwischen der A 4 im Süden und der B 51, A 1 und A 3 im Norden schafft und dass damit die seit Jahrzehnten von vielen Interessengruppen gewollte überregionale Verbindung der Industrieregionen an Wupper, Agger und Sieg hergestellt wäre, mit der Folge, dass der Verkehr zwischen diesen Regionen den im Vergleich zur Rheinschiene A 3 kürzeren Weg mitten durch unsere Stadt wählen wird, da der Umweg über Leverkusen-Kreuz und Köln-Ost gespart würde. Und dass dieser, die Stadt bisher nicht berührende Durchgangsverkehr, in beträchtlichem Umfang die Hoffnung auf einen schnelleren und kostensparenden innerstädtischen Verkehr zunichte machen werde, und der Stadt durch die zusätzlichen Immissionen großer Schaden entstehen werde, was zu verhindern doch eigentlich zentrale Aufgabe von Rat und Verwaltung sein müsse?

Antwort von Herrn Orth:

Der Stadtbaurat habe gerade in ergänzender Beantwortung der Frage von Herrn Dr. Rüttenauer bereits darauf hingewiesen, dass zusätzliche Belastungen der Durchgangsverkehre aus Richtung Köln und Leverkusen nur in geringem Umfang zu befürchten sind.

Die generelle Frage nach zusätzlichen Durchgangsverkehren beruhe auf Einschätzungen und Wertungen, die sich in einem nachfolgenden Planfeststellungsverfahren erst noch erweisen müssen, aus aktueller Sicht jedenfalls nicht geteilt werden können.

Zusatzfrage von Herrn Röhnelt:

Herr Kurz hatte auf der Hauptausschusssitzung ausgeführt, dass die Höherbewertung der Kosten-/Nutzzahl in einem direkten Zusammenhang zu sehen sei mit der Verlängerung der Trasse über die Mülheimer Straße hinaus bis zur Paffrather Straße hin, und dass dieses letzte Stück zwischen Mülheimer und Paffrather Straße zu begradigen wäre „um Orientierungsverluste zu vermeiden“.

Orientierungsverluste können ja nur für den entstehen, der sich hier nicht auskennt.

Dies heiße, das Land habe ein Interesse daran, hier eine Landesstraße zu bauen, um überregionale Verkehrsstrukturen zu verbessern.

Ist sich der Rat bewusst, dass er jetzt die Opferrolle übernimmt, die alle Randregionen, vor allem im rechtsrheinischen Bereich Köln, abgelehnt haben, indem sie sich weigerten auf ihrem Territorium diese große Nord-Süd-Achse zuzulassen.

Antwort von Herrn Schmickler:

Die Modellrechnung des Landes gebe keinen Anhaltspunkt für die Richtigkeit der Annahme, die der Frage zugrunde liege. Mit den Berechnungen, die noch folgen werden, werde sich zeigen, ob die Modellrechnung an diesem Punkt grob fehlerhaft ist und die Annahmen dann möglicherweise doch zutreffen. Dann werde man daraus in Verantwortung für das Ganze Konsequenzen zu ziehen haben. Wie die aussehen werden, hänge von den Rahmenbedingungen ab.

Es gebe hochbelastete Ortsdurchfahrten mit einem nennenswerten Anteil an Lastkraftwagen, die nach den Prognoserechnungen eine gewisse Entlastung erfahren. Durch die Bahndammtrasse wäre man in die Lage, hier steuernd einzugreifen. Gerade der Lkw-

Anteil bestehe zu einem durchaus nennenswerten Teil aus auswärtigen Fahrzeugen mit Fahrern, die sich nicht unbedingt Bergisch Gladbach auskennen. Unter diesem Aspekt sei es sinnvoll, wenn das Verkehrsnetz etwas übersichtlicher und unnötige Orientierungsprobleme, Umwegfahrten und das Quälen dieser Lkw-Mengen durch die engen, mit vielen 100 Wohnungen dicht besetzten, Ortsdurchfahrten, verringert oder vermieden werde.

Da keine weiteren Einwohnerfragen vorliegen wird die Beratung zu Tagesordnungspunkt A 6 fortgeführt. <-@

9. Bürgerhaushalt 2007

@-> Herr Dr. Steffen begrüßt die Absicht, den städtischen Haushalt für Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen. Bedauerlicherweise werde die Bürgerbeteiligung aber erst zu einem Zeitpunkt ermöglicht, wo die finanzielle Situation der Stadt kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten biete.

Auf den Einwand von Herrn Nagelschmidt, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einführung des Bürgerhaushalts beantragt habe, ergänzt Herr Dr. Baumele-Courth, dass sich die Fraktion über das Thema Bürgerhaushalt hinaus eine umfassendere Leitbilddiskussion vorstelle. Ziel müsse sein, die Bürgerinnen und Bürger bei bedeutenden Entscheidungen sehr frühzeitig zu beteiligen und sie nicht nur einzubeziehen, wenn man kein Geld mehr hat.

Sowohl Herr Kotulla als auch Herr Hoffstadt verweisen darauf, dass es sich bei dem Projekt Bürgerhaushalt um ein neues Beteiligungsinstrument handelt, mit dem man erst Erfahrung sammeln müsse und das kontinuierlich weiter entwickelt werde.

Der Bericht wird von den Ratsmitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen.

<-@

10. Jahresrechnung 2004

@-> Herr Jung berichtet über die in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 15.03.2006 gefassten Beschlüsse und die Empfehlung an den Rat, dem Bürgermeister für die Jahresrechnung 2004 Entlastung zu erteilen. Der schriftliche Schlussbericht über die Jahresrechnung 2004 der Stadt Bergisch Gladbach liegt den Ratsmitgliedern vor.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresrechnung 2004 wird zur Kenntnis genommen.**
2. **Die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2004 wird beschlossen.**
3. **Dem Bürgermeister wird gemäß § 94 Abs. 1 GO NW für das Jahr 2004 Entlastung erteilt.**

<-@

@->

<-@

11. Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung

"Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach"

@-> Der Rat fast mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BfBB bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2004 in Aktiva und Passiva mit

181.168.270,51 €

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von fest.

7.303.722,22 €

2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2004 fest.

3. Der Jahresüberschuss 2004 wird

a) in Höhe von 1.803.722,22 € gemäß § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt,

b) in Höhe von 5.500.000 € an den städtischen Haushalt abgeführt.

<-@

12. Haushaltsreste-Liste 2005

@-> Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BfBB folgenden **Beschluss**:

Die Bildung der in der Anlage zur Drucksache 95/2006 aufgeführten Haushaltsreste wird beschlossen. <-@

@-> <-@

13. Wirtschaftsplanreste-Liste 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"

@-> Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BfBB folgenden **Beschluss**:

Die Bildung der in der Anlage zur Drucksache 61/2006 aufgeführten Wirtschaftsplanreste wird beschlossen. <-@

@-> <-@

14. Wirtschaftsplan Verkehrsflächen hier: Bildung von Wirtschaftsplanresten

@-> Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BfBB folgenden **Beschluss**:

Die Bildung der in der Drucksache 100/2006 aufgeführten Wirtschaftsplanreste wird beschlossen. <-@

@-> <-@

15. Parkraumbewirtschaftung, zugleich - Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2004 - Antrag der CDU-Fraktion vom 28.02.2005 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.04.2005

@-> Herr Kremer berichtet über die Beschlussempfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 09.03.2003. Ergänzend zu Ziffer 5, wer-

de der Vorschlag, die Blaue Zone auf dem Marktplatz Refrath abzuschaffen, auf ein Jahr befristet.

Herr Jung stellt klar, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr die Befristung sich nicht nur auf die Blaue Zone in Refrath bezogen habe, sondern dass alle Änderungen nach Einführung der neuen Technik zunächst für ein Jahr befristet probeweise umgesetzt werden sollen.

Auf Antrag von Herrn Dr. Steffen wird über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages mit der Maßgabe, dass alle Änderungen nach Einführung der neuen Technik zunächst für ein Jahr befristet probeweise umzusetzen sind, getrennt abgestimmt:

1. (einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion)

Der gebührenpflichtige Zeitraum bis 18.00 Uhr wird beibehalten.

2. (einstimmig)

Für die Tiefgarage "Bergischer Löwe" werden die Parkgebühren statt auf 2,00 € (wie der Vorschlag der Verwaltung) auf 1,50 €je Stunde (0,50 €je angefangene 20 Minuten) festgesetzt.

3. (einstimmig)

Für folgende Parkflächen wird ebenfalls ein Satz von 1,50 €je Stunde (0,50 €je angefangene 20 Minuten) festgesetzt:

Parkstreifen Schloßstraße (von Nikolausstraße bis Wendehammer Fußgängerzone sowie von Wendehammer Fußgängerzone bis Am Stockbrunnen),

Parkplatz Siebenmorgen (neben der Kreissparkasse),

Parkstreifen Bertram-Blank-Straße (von Dolmanstraße bis Siebenmorgen) sowie Parkplatz Bertram-Blank-Straße,

4. (einstimmig)

Die Verwaltung beauftragt, technische Neuerungen an Parkscheinautomaten im Rahmen der in Kürze bevorstehenden Neubeschaffungen mit auszuschreiben.

5. (mehrheitlich mit gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BFBB)

Die blauen Zone auf dem Marktplatz in Refrath wird abgeschafft.

Sodann beschließt der Rat einstimmig bei Enthaltungen der Fraktion BfBB die Parkgebührenordnung in der vom Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfohlenen Fassung. <-@

@->

<-@

16. Neues Fördermodell Offene Kinder- und Jugendarbeit

Herr Jung nimmt wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Entscheidung zu diesem Tagesordnungspunkt teil und begibt sich in den für Zuschauer vorgesehenen Bereich.

@->

Frau Schöttler-Fuchs weist auf die im Jugendhilfeausschuss erörterten Rahmenbedingungen hin, unter denen die Jugendzentren erhalten werden können. Mit Blick auf die anwesenden Vertreterinnen der „Power-Mädels“, einer Jugendgruppe des Deutschen Ro-

ten Kreuzes in Hand, die auch geschlossen werden soll, erläutert sie nochmals die beabsichtigten Ziele der Umstrukturierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bereich Hand/Paffrath.

Herr Neuheuser bedauert, dass nur noch die jugendlichen Zuhörer anwesend sind, was darauf deute, dass wenig Interesse an jugendpolitischen Themen bei anderen Bevölkerungsgruppen bestehe. Während im Jugendbereich immer auf Sparzwänge verwiesen würde, stünden für kostenintensive Angelegenheiten, wie die heutigen Beschlüsse, einen Beigeordneten zu beschäftigen und eine Straße zu bauen, genügend Finanzmittel zur Verfügung. Alleine die Zinsen und die nach Einführungen des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) vorzunehmende Abschreibung des Zubringers werde die Stadt jährlich mehr Kosten als den Betrag, der durch die Umstrukturierung der offenen Jugendarbeit jetzt eingespart werde. Er sei nicht gegen eine Anbindung an die A 4, aber unter den unklaren Voraussetzungen und ohne zu wissen, welche Kosten dadurch auf die Stadt zu kommen und wegen der Einsparungen im Jugendbereich, habe die Fraktion KIDinitiative den Bau der Straße ablehnen müssen. Das eigentlich gute Fördermodell könne die Fraktion KIDinitiative wegen der Verquickung mit der Finanzlage der Stadt so nicht mittragen und werde es ablehnen.

Herr Orth stellt klar, dass der Rat heute keine Straße beschlossen hat. Es handele sich hier um eine Landesstraße und die aufgezeigten Finanzierungszusammenhänge zwischen dem Straßenprojekt und offenen Jugendarbeit seien unzutreffend.

Dem widerspricht Herr Ziffus. Die notwendigen Zufahrtsstraßen, wie z. B. die Querspange, und der städtische Anteil an dem nördlichen Unterquerungsbereich unter dem Bahndamm verursachten durch ihre Abschreibung im NKF eine zunehmende Belastung im Verwaltungshaushalt. Er erinnere sich an die Aussage im Umweltausschuss, dass man nicht in der Lage sei, die Kosten für das heutige Straßennetz zu tragen, geschweige denn die von zukünftigen Ergänzungen. Vor Jahren habe man das sog. Trendszenario und das Gestaltungs- bzw. Ökologieszenario der Verkehrsentwicklung verglichen. Der Unterschied habe bei fast 75 Mio. €/ p.a. gelegen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Schier auf Schluss der Aussprache wird mehrheitlich bei einigen Enthaltungen so angenommen.

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses fasst der Rat mehrheitlich gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KIDinitiative und BfBB folgenden **Beschluss**:

1. Zur Umsetzung der Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung und zur fachlichen Weiterentwicklung werden die „zielorientierte Neuausrichtung“ und das „Förderkonzept“ als Zielvorgabe für die Verwaltung des Jugendamtes und die freien Träger beschlossen.

2. Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, mit den interessierten freien Trägern durch vertragliche Vereinbarungen die Umsetzung zu gewährleisten. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.09.2006 soll die Verwaltung über das Ergebnis der Vertragsverhandlungen berichten. Fortan soll die Verwaltung regelmäßig über die Umsetzung des Konzeptes berichten.

3. Das von der Verwaltung dargelegte Standortkonzept wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Dem Träger Katholische Jugendwerke Rhein-Berg e.V. wird für ein Jahr die für aktuelle Bedarfe vorgesehene halbe Stelle zugeordnet. Der Träger wird beauftragt, im Stundenvolumen einer halben Stelle Offene Kinder- und Jugendarbeit im Bereich Herkenrath/Moitzfeld in Kooperation mit dem Träger des Haus für die Jugend Moitzfeld und der evangelischen Kirchengemeinde anzubieten und den Aufbau von Strukturen zur dauerhaften Offenen Jugendarbeit ohne städtische Personalkostenförderung zu unterstützen.

Herr Jung kehrt an seinen Platz zurück. <-@

@->

<-@

17. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass**

@->

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus der Fraktion BfBB folgenden Beschluss:

<-@

@->

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

<-@

18. **Umsetzung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes für den Bereich der Ratsmitglieder und sachkundigen Bürgerinnen/Bürger;**
Neufassung der Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach
zur Auskunftspflicht nach § 43 Absatz 3, Satz 2 Gemeindeordnung - GO - NRW
unter Einbeziehung der Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes – KorruptionsbG -

@->

Herr Schütz spricht sich gegen eine Veröffentlichung der Auskünfte über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Ratsmitglieder und sachkundigen Bürgerinnen und Bürger auf der Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach aus. Zum einen seien die Daten dann weltweit abrufbar, zum anderen hätten auch viele Bürgerinnen und Bürger keinen Zugang zum Internet. Nach seiner Ansicht reiche die Bekanntgabe in der örtlichen Presse oder in einer Mitteilungsvorlage aus.

Er beantragt daher, eine entsprechende Änderung der Ehrenordnung.

Herrn Nagelschmidt weist darauf hin, dass nur die Adressdaten veröffentlicht werden, die bereits heute auf der Internetseite stehen.

Herr Ziffus ist der Meinung, dass es sowohl für die Ratsmitglieder als auch für die übrige Bevölkerung wichtig ist, sich kontinuierlich über die Vertretung der Bürgerschaft informieren zu können. Persönliche Daten, wie Familienstand, Kinder u.s.w. sowie die Angaben über den Grundbesitz würden ohnehin nicht veröffentlicht. Zumindest im ratsinternen Informationssystem, im Intranet, müsse der Zugriff darauf jederzeit möglich sein.

Herr Orth weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder keinen Zugang zum Intranet haben. Die Veröffentlichung sei nach dem Gesetz vorzunehmen. Da die Bekanntmachung in der Presse sehr kostenintensiv sei, empfehle die Verwaltung die Veröffentlichung im Internet.

Auf Nachfrage wird Herrn Dr. Kassner von der Verwaltung erläutert, dass in § 2 der Ehrenordnung beschrieben ist, welche Daten jährlich veröffentlicht werden und welche Daten vertraulich zu behandeln sind. Zu den Angaben, die nicht veröffentlicht werden, zählen auch die Angaben über den Besitz von Grundvermögen innerhalb des Stadtgebietes.

Herr Sacher hat Bedenken gegen den Erlass der neuen Ehrenordnung. Wiederholt seien in der Vergangenheit vertraulich zu behandelnde Angelegenheiten aus nichtöffentlichen Sitzungen publiziert worden.

Nach kontroverser Diskussion wird der Änderungsantrag der Fraktion KIDinitiative, keine Veröffentlichung im Internet vorzunehmen, mehrheitlich bei vier Enthaltungen abgelehnt.

Sodann fasst der Rat einstimmig bei Enthaltung von BfBB folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Die Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach zur Auskunftspflicht nach § 43 Absatz 3, Satz 2 Gemeindeordnung - GO - NRW unter Einbeziehung der Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetz – KorruptionsbG - wird in der beigefügten Fassung beschlossen.**

<-@

19. Neufassung der Vergabeordnung

@-> Bürgermeister Orth gibt bekannt, dass der Hauptausschuss einstimmig in seiner Sitzung am 14.03.2006 dem Rat empfohlen hat, Ziffer 3.5 des Entwurfes der Vergabeordnung wie folgt zu ändern und in dieser geänderten Fassung zu beschließen:

- Im ersten Satz wird „ab 200.000 €“ ersatzlos gestrichen und dafür „über den Schwellenwert von 200.000 €“ eingefügt.
- Der zweite Satz „Um eine einheitliche Handhabung unterhalb der Wertgrenzen von 200.000 € zu gewährleisten, ist die VOF als Handlungsrahmen für Verträge mit freiberuflichen Tätigkeiten eingeschränkt anzuwenden.“ wird ersetzt durch den Satz „Um für Verträge mit freiberuflichen Leistungen über 100.000 € eine einheitliche Handhabung zu gewährleisten, sind für diese, soweit sie unter dem Schwellenwert liegen, die Bestimmungen der VOF eingeschränkt anzuwenden.“

Bei einigen Enthaltungen fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Vergabeordnung wird in der Fassung der Vorlage mit den vorgenannten Änderungen beschlossen. <-@

@-> <-@

20. Bebauungsplan Nr. 5582 - Bockenberg I -

- Beschluss zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung
- Beschluss zum städtebaulichen Vertrag
- Beschluss als Satzung

@-> Herr Albrecht berichtet, dass der Planungsausschuss sich in der Sitzung am 21.03.2006 dahingehend verständigt hat, dem Rat keine Beschlussempfehlung in der Angelegenheit zu geben. Er habe den Rat gebeten, ohne Vorberatung im Fachausschuss in der Ratssitzung am 23.03.2006 zu entscheiden, da einige Ausschussmitglieder die Unterlagen erst kurz vor dem Sitzungstag erhalten haben und sie sich nicht in ausreichend über die Vertragsinhalte informieren konnten.

Der Rat fasst jeweils einstimmig bei einigen Enthaltungen der Fraktion BfBB folgende **Be-**

schlüsse:

I. Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Nr. 5582 -Bockenberg 1- gem. §3 Abs.2 BauGB vorgetragene Anregungen der Einwender

- B 1 Kornelia Salomon wird teilweise stattgegeben,
- B 2 Miltenyi Biotec GmbH wird teilweise stattgegeben,
- B 3 Zenk Rechtsanwälte für die Grundstücksgesellschaft TechnologiePark Bergisch Gladbach wird teilweise stattgegeben,
- T 1 Staatliches Umweltamt Köln wird stattgegeben,
- T 2 RheinEnergie AG wird nicht stattgegeben,
- T 3 Rheinisch Bergischer Kreis wird teilweise stattgegeben,
- T 4 Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederlassung Gummersbach wird teilweise stattgegeben,
- F 1 Stadt Bergisch Gladbach, FB 6, Bauordnung wird nicht stattgegeben
- F 2 Stadt Bergisch Gladbach, Feuerwehr wird stattgegeben.

II. Der Städtebauliche Vertrag wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

III. Der Bebauungsplan Nr. 5582 - Bockenberg 1- wird gem. §10 BauGB und §§7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung nach §9 Abs.8 BauGB dazu. <-@

@->

<-@

**21. Bebauungsplan Nr. 6224 - Alt Refrath - 1. Änderung
- Beschluss zu Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung
- Beschluss als Satzung**

@->

Der Rat fasst jeweils einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlüsse**:

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 6224 – Alt-Refrath - 1. Änderung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen der Einwender

- B 1 Theo Nölle wird teilweise entsprochen,
- B 2 Hans Christoph Bobzien wird nicht entsprochen,
- B 3 Eheleuten Ehrhardt wird nicht entsprochen,
- T 1 Rheinisch Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.

II. Der Bebauungsplan Nr. 6224 - Alt Refrath - 1. Änderung wird gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu. <-@

@->

<-@

**22. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen
22.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.01.2006 zur Umbesetzung 1. im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und 2. im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**

@->

Herr Dr. Fischer verweist zur Begründung des Antrages der FDP-Fraktion vom 16.01.2006 auf die Vorlage.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Den von der FDP-Fraktion beantragten Umbesetzungen im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport wird zugestimmt. <-@

22.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 15.02.2006 auf Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

@-> Herr Schütz verweist zur Begründung des Antrages der KIDitiative vom 15.02.2006 auf die Vorlage.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der von der Fraktion KIDitiative beantragte Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr wird zugestimmt.

<-@

22.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2006 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen und im Aufsichtsrat der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft

@-> Herr Albrecht verweist zur Begründung des Antrages vom 16.02.2006 auf die Vorlage. Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Den von der CDU-Fraktion beantragten Umbesetzungen in den Ratsausschüssen, dem Wechsel in der Funktion des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden und den Änderungen in der Vertreterliste des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, sowie den Nachfolgebeseetzungen im Umlegungsausschuss und im Aufsichtsrat der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft wird zugestimmt.

<-@

22.4 Antrag der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 09.03.2006 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

@-> Herr Lang verweist zur Begründung des Antrages der BfBB 09.03.2006 auf die Vorlage. Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Den Infolge der Mandatsniederlegung von Herrn Dr. Lahn beantragten Umbesetzungen in den Ratsausschüssen wird zugestimmt. <-@

@-> **<-@**

23. Anfragen der Ratsmitglieder

23.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.02.2006 zu den Auswirkungen des Bundesgesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung

@-> Die schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.02.2006 wurde schriftlich beantwortet. **<-@**

23.2 Mündliche Anfragen

@-> **1. Frau Münzer**

- Anfrage zu Baumfällaktionen im Staatsforst

Unter Hinweis auf die Fällaktion im Königsforst, wo u.a. im Revier des Forsthauses Steinhaus die Fällungen entlang der beliebtesten Wanderwege erfolgten, stellt Frau Münzer fest, dass dies nicht im Interesse der erholungssuchenden Mitbürgerinnen und Mitbürger ist und fragt, was die Verwaltung unternimmt, damit die Fällaktionen nach den Regeln für ein ausgewiesenes Waldnaturschutzgebiet erfolgen.

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

2. Herr Lang

- Anfrage zum Ergebnis der geheimen Abstimmung bei Tagesordnungspunkt A 6

Herr Lang möchte wissen, ob sich der Bürgermeister an der Abstimmung zu TOP A 6 Anbindung an die A 4 beteiligt habe. Dies sei nach dem von ihm notierten Ergebnis nicht klar.

Herr Orth antwortet, dass 65 Ratsmitglieder und der Bürgermeister an der geheimen Abstimmung teilgenommen haben, dabei stimmten 39 Personen mit „Ja“, 24, mit „Nein“ und 3 Personen hätten sich enthalten.

3. Herr Schier

- Anfrage zum Aufstellen eines Aschenbechers im Eingangsbereich des Rathauses Gladbach

Herr Schier möchte wissen, ob es möglich wäre am Seiteneingang des Rathauses Gladbach einen Aschenbecher aufzustellen.

Herr Orth weist darauf hin, dass bereits ein Aschenbecher im Haupteingang stehe und man keine weiteren Aschenbecher aufstellen wolle.

4. Frau Holtzmann

- Anfrage zu einem Außenstart- und Landeplatz für Hängegleiter und Gleitsegel in Bergisch Gladbach - Schildgen

Frau Holtzmann ist aus der Presse bekannt geworden, dass der Kreistag beschlossen hat, in Schildgen einen Start- und Landeplatz für Paragleiter zu genehmigen.

Sie fragt, wieso die Entscheidung ohne Beteiligung der Stadt getroffen werden konnte.

Herr Schmickler bestätigt, dass die Stadt in diesem Genehmigungsverfahren nicht zu beteiligen ist. Zum einen handele es sich bei dem Außenstart- und Landesplatz für Hängegleiter und Gleitsegler auf den stillgelegten Ackerflächen eines landwirtschaftlichen Betriebes nicht um eine bauliche Anlage im Sinne der Landesbauordnung. Daher sei keine Zuständigkeit der Bauaufsicht gegeben. Zum anderen seien Fragen des Landschaftsrechtes berührt. Im Landschaftsrecht gebe es keine Anhörungspflicht der Gemeinden zu diesem Verfahren. Erst nachdem er selber aus der Presse von der Angelegenheit erfahren habe, habe er auf Nachfrage die Unterlagen vom Kreis erhalten.

Dessen ungeachtet bittet Herr Albrecht, den Rat auch über die Dinge zu informieren, die nicht in der Zuständigkeit der Stadt Bergisch Gladbach liegen, die für die Bevölkerung aber von großem Interesse sind. Nur so wäre es möglich, frühzeitig auf der zuständigen Ebene die städtischen Belange vertreten.

5. Frau Schmidt-Bolzmann

- Anfrage zu Einsparungen im Kreishaushalt 2005

Sie habe gehört, dass im Kreishaushalt 2005 2 Mio. Euro nicht verausgabt wurden, man dieses Geld aber nicht an die Kommunen zurückzahlen will und fragt, ob der Bürgermeister nicht auf den Kreis einwirken möchte, damit die Gelder an die kreisangehörigen Kommunen zurückgezahlt werden.

Herr Kotulla teilt mit, dass die Angelegenheit auch im Kreis der Kämmerer besprochen worden ist. Als das Einsparergebnis bekannt wurde, habe Bergisch Gladbach spontan die Auszahlung der Gelder gefordert. Der Kreis habe die Mittel wegen der Unwägbarkeiten des GFG und der ungewissen Auswirkungen, die die gesetzlichen Änderungen des Sozialgesetzbuches mit sich bringen können, zunächst vereinnahmt. Im September werde das Thema erneut aufgegriffen.

6. Herr Mömkes

- Anfrage zur Nutzung des städtischen Stadions während Fußballweltmeisterschaft

Herr Mömkes berichtet, er habe der Presse entnommen, dass die brasilianische Fußballmannschaft während der Weltmeisterschaft im Stadion Paffrather Straße trainieren möchte, dies aber an folgende Voraussetzungen knüpft:

1. die Veränderung der Zufahrt für Busse,
2. ein Rasen, der der FIFA-Norm entspricht und
3. einen Sichtschutz

Er möchte wissen, ob hierfür Maßnahmen getätigt und städtische Finanzmittel eingesetzt werden, andererseits Gelder im Jugendhilfereich gekürzt würden?

Herrn Orth ist nicht bekannt, dass Umbauten im Stadion notwendig wären, damit der Bus der brasilianischen Mannschaft dort abgestellt werden kann.

Ein Sichtschutz sei ebenfalls nicht erforderlich.

Das Organisationskomitee der WM 2006 ist der Meinung, dass der Rasenplatz noch in einem relativ guten Zustand ist, sich aber Pflegehinweise für die Stadt vorbehält. Diese Maßnahmen, wären ohnehin durchzuführen und es entstehen der Stadt keine Mehrkosten dadurch keine Mehrkosten. Sofern die Brasilianer dann einen noch besseren Rasen möchten, müssten sie auch für die Kosten aufkommen.

7. Herr Dr. Fischer

- Anfrage zu Kosten der Bahndammtrasse

Herr Dr. Fischer erinnert, dass er sich bei Tagesordnungsordnungspunkt A 16 zu Wort gemeldet habe. Da aufgrund eines Geschäftsordnungsantrages die Debatte beendet worden sei, habe er die Frage nicht mehr stellen können und komme jetzt darauf zurück. Sinngemäß habe der Bürgermeister auf eine Stellungnahme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesagt, das Projekt Bahndammtrasse würde die Stadt keinen Pfennig kosten. Herr Dr. Fischer fragt, ob der Bürgermeister keine Gefahr in einer solchen Aussage sehe und er nicht befürchte, dass ihm die Bürgerinnen und Bürger einmal Unredlichkeit vorwerfen könnten.

Herr Orth stellt klar, dass keinerlei Kosten entstehen, sei in der Vergangenheit nicht der

Fall gewesen und werde auch in Zukunft nicht der Fall sein. Er habe darauf hingewiesen, dass es sich um eine landesfinanzierte Maßnahme handelt. Selbstverständlich seien dabei auch städtische Ressourcen einzusetzen. Im konkreten Fall habe sich seine Aussage auf die Zinsen bezogen, die im Landeshaushalt dargestellt werden.

8. Herr Galley

- **Anfrage zur Turnhalle Grundschule Schwerfelstraße und**
- **Anfrage zum Schwimmbad Mohnweg**

Herrn Galley ist berichtet worden, dass aufgrund des schlechten Zustandes der Turnhalle Schwerfelstraße, der Turnverein Refrath verstärkt in das Bürgerzentrum Steinbreche ausweichen musste. Deswegen könne der Verein das Bürgerzentrum nicht in dem gewünschten Umfang vermieten. Herr Galley möchte er wissen, wie weit die Sanierung in der Schule Schwerfelstraße fortgeschritten.

Weiter sei ihm berichtet worden, dass sich der Zustand des Schwimmbades Mohnweg kontinuierlich verschlechtere. Er fragt, ob die Pläne, das Schwimmbad in eine private Trägerschaft zu übergeben, in absehbarer Zeit umgesetzt werden.

Frau Müller-Veit, gibt bekannt, dass die Planung für die Turnhalle nahezu abgeschlossen sei. Sie gehe davon aus, dass die Sanierung spätestens in den Sommerferien durchgeführt werden kann.

Es treffe zu, dass die technische Ausstattung des Schwimmbades Mohnweg in einem sanierungsbedürftigen Zustand ist.

Herr Kotulla erläutert, dass die Schließung des Schwimmbades Mohnweg ein Vorschlag im Haushaltssicherungskonzept war. Nach Diskussionen und Gesprächen auf unterschiedlichen Ebenen habe man versucht, statt dessen ein Modell mit einem Trägerverein zu finden, das den städtischen Haushalt entlastet ohne den Fortbestand des Schwimmbades zu gefährden. Es habe sich aber gezeigt, dass das Sparziel so nicht erreicht werden kann. Der Fachausschuss werde in seiner nächsten Sitzung deshalb erneut mit der Angelegenheit befasst. Zur Zeit werde versucht, eine vergleichbare Lösung auf der Basis eines PPP-Modells zu finden.

9. Herr Waldschmidt

- **Anfrage zur Nutzung städtischer Räume und städtischer Telefonnummern durch den Verein Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V.**

Herrn Waldschmidt sind in der Vergangenheit sehr viele Anzeigen eines Vereins Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. im Bergischen Handelsblatt aufgefallen. Als Kontakt-Adresse werde das Rathaus, Zimmer Nr. 15 und auch eine städtische Telefonnummer angegeben.

Er fragt, ob die Stadt Bergisch Gladbach an den Verein Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. städtische Räume vermietet und städtische Telefonnummern zur Verfügung gestellt hat. Wenn dem nicht so ist, bittet er um Auskunft, ob es zulässig ist, dass diese Kontaktadresse für den Verein genannt wird und dass Vereinsgeschäfte über diese Kontaktadresse im Rathaus Gladbach abgewickelt werden.

Herr Orth verweist darauf, dass es eine Fraktion gleichen Namens im Rat der Stadt Bergisch Gladbach gebe, der die Räume zugewiesen worden sind.

Was die Maßnahmen des Vereins angeht, werde geprüft und die Anfrage insoweit schriftlich beantwortet.

10. Herr Dr. Winzen

- Anfrage zur Belästigung durch freilaufende Hunde im Ortsteil Rommerscheid

Er habe festgestellt, dass Rommerscheids Straßen in letzter Zeit unsicher geworden sind, da größere Hunde in der Ortschaft nicht, wie vorgeschrieben, an der Leine geführt werden. Die Folge sei, dass sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger bedroht fühlen, Vorgärten verschmutzt werden und eine Person sei sogar kürzlich von einem dieser freilaufenden Hunde gebissen worden. Er fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenke, um diese Unsitte abzustellen?

Herr Orth sichert zu, nachhaltig an die Anleinplicht zu erinnern.

11. Herr Kraus

- Anfrage zum aktuellen Sachstand Südcurve und zur Situation für die Marktbeschicker auf dem Konrad-Adenauer-Platz während der WM

Herr Kraus fragt, wie der aktuelle Sachstand zum Thema Südcurve ist und wie sich die Situation für die Marktbeschicker während der WM auf dem Konrad-Adenauer-Platz gestalte.

Bürgermeister Orth berichtet, dass sich heute Nachmittag die Südcurve Deutschland GmbH & Co. KG und die Kölner Sportmarketing- und Eventagentur 4attention in seinem Beisein der Presse vorgestellt haben. Das Projekt sei also auf jeden Fall gesichert, leider nicht mit einem örtlichen Mitveranstalter, aber mit sehr kompetenten, engagierten Kräften.

Was den Wochenmarkt angehe, bleibe es bei den getroffenen Vereinbarungen für die Händler.

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung. <-@